

„Bündnis 90 stand für Basisdemokratie und Konsensdenken“

Zeitzeugengespräch mit **Gerhard Wien** (Abgeordneter im Thüringer Landtag für Demokratie Jetzt 1990 - 1994)

Herr Wien, würden Sie sich bitte kurz vorstellen und beschreiben, wie Sie die Zeit der Wende erlebt haben?

Ich wurde 1941 in Eisleben geboren und arbeitete als Latein- und Deutschlehrer an einer EOS in Bad Liebenstein. Ich war schon immer politisch interessiert, habe aber bis zum Herbst 1989 keiner Partei angehört. In meiner Lehrtätigkeit versuchte ich, Freiräume zur politischen und kritischen Auseinandersetzung mit den Schülern zu nutzen, z. B. mit einer Schülertheatergruppe, die Stücke mit zeitkritischer Gegenwartsliteratur aufführte. Ich habe mich immer zur evangelischen Kirche bekannt und mich aktiv in einem ökumenischen Gesprächskreis eingebracht, der sich seit 1988 im Rahmen des Konziliaren Prozesses, also im Rahmen der großen Thematik „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“, mit friedensethischen Fragen, mit ökologischer Nachhaltigkeit und bürgerlichen Freiheitsrechten beschäftigte. Da wollten Menschen durch politische Einmischung „in eigener Sache“ aus ihrer Entmündigung, aus ihrer Fremdbestimmung herauskommen. Wir glaubten an den „verbesserlichen Sozialismus“ (Heino Falcke) und waren überzeugt, dass die DDR an ihrem vielfältigen Mangel zugrunde ginge. Auf Gesprächsabenden, zu denen wir einluden, diskutierten wir mit Referenten ökologische und andere wichtige gesellschaftliche Fragestellungen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse ließen uns dann im Herbst '89 kompetent reagieren und die wahre Situation benennen. Dieser Gesprächskreis wurde ab September '89 zur Keimzelle der Basisgruppe von Demokratie Jetzt in Bad Liebenstein.

Welche Themen standen in den Wendejahren bei Demokratie Jetzt im Vordergrund?

Es ging uns um die Streichung der SED-Vorherrschaft aus der Verfassung, die Durchsetzung der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte und eine friedensethische Grundhaltung. Die Überwindung aller undemokratischen Grundlagen, also Selbstbestimmung und Eigenverantwortung statt Bevormundung sowie die Umsetzung der im Rahmen der Runden Tische gewonnenen basisdemokratischen Erfahrungen durch Konsensstreben, Minderheitsvoten und Formen direkter Demokratie, waren unsere Hauptanliegen.

Warum schloss sich aus Ihrer Sicht Demokratie Jetzt mit dem Neuen Forum und der Initiative für Frieden und Menschen-

rechte zunächst zum Wahlbündnis, dann zur Partei Bündnis 90 zusammen?

Beim Wahlbündnis 90 ging es darum, dass sich die Bürgerbewegten unterschiedlicher Gruppen zusammenfanden, um mit einer Stimme als Gegenkraft zu den etablierten Parteien wirksam zu werden. Die Bündelung der unterschiedlichen Bewegungen brachte natürlich auch unterschiedliche Sichtweisen mit sich, doch insgesamt lag die Zielsetzung der Gruppierungen ganz nah beieinander. 1990/91 merkten wir, dass wir eine andere Organisationsstruktur brauchten. Die politische Arbeit war sowohl personell als auch organisatorisch, gerade auch wegen der zahlreichen Runden Tische, die auf verschiedenen Ebenen abgehalten wurden und in die wir als Gruppe eingebunden waren, von den rund 20 bis 30 aktiven Mitgliedern von Demokratie Jetzt kaum noch zu schaffen.



Erinnern Sie sich noch an die Gründungsveranstaltung des Landesverbandes am 12.10.1991 in Neudietendorf?

Ich kann mich noch gut erinnern, welches Wir-Gefühl von diesem Abend ausging. Vera Wollenberger hielt die Begrüßungsrede für die Grünen, ich für Demokratie Jetzt, Matthias Ladstätter für das Neue Forum. Ziel war es, durch die Vereinigung der einzelnen Bewegungen zu einer Partei das Fundament für eine neue basisdemokratische, transparente und konsensorientierte Politik zu schaffen. Es war ermutigend, über die Verbindung zur politischen Institution eine Plattform für eine bessere Politik geschaffen zu haben. Die Rede von Matthias Ladstätter machte deutlich, dass sein Flügel des Neuen Forum die politische Arbeit gemeinsam fortführen wollte und rund ein Drittel des Neuen Forum, welche damals die mitgliederstärkste bürgerbewegte Gruppierung darstellte, in der Partei Bündnis 90 aktiv werden würde. Der Name Bündnis 90 stand

als Symbol für die neue Politik und Kultur, für die wir stehen wollten. Es waren die Erfahrungen der Runden Tische, der Basisdemokratie und des Konsensdenkens, die unser gemeinsames Selbstverständnis prägten.

Wie haben Sie die Anfangsjahre von Bündnis 90 erlebt? Welche Themen, welche Herausforderungen standen damals im Vordergrund? Wie gestaltete sich das Zusammenwachsen der verschiedenen Gruppierungen zu einer Partei?

Im Landesparlament, in dem wir vertreten waren, mussten wir uns den parlamentarischen Spielregeln anpassen. Wir mussten also für das politische Alltagsgeschäft in der Landespolitik funktionsfähige, transparente, basisdemokratische Strukturen aufbauen. Über die Zusammenarbeit mit den Grünen in Thüringen konnten wir das Potential und die Erfahrungen der Westgrünen auch schon vor dem Zusammengehen 1993 zu Bündnis 90/Die Grünen für unsere politische Arbeit nutzen. Die Bundesarbeitsgemeinschaften der Grünen, an denen auch wir teilnahmen, waren eine wichtige Einrichtung des gemeinsamen Erfahrungsaustausches zwischen Ost und West. Auch bei konkreten landespolitischen Fragestellungen standen uns die Grünen, z.B. Joschka Fischer oder Antje Vollmer, beratend zur Seite.

Was möchten Sie der Partei heute, nach rund 25 Jahren politischer Arbeit, mit auf den Weg geben?

Zum einen, sich bewusst zu machen welchen Wert Solidarität in einer Gesellschaft besitzt und wie man diese erreichen kann. Solidarität bedeutet zunächst, gemeinsam einen Konsens zu entwickeln, wie wir zusammenleben möchten, was wir unter Lebensqualität verstehen und im zweiten Schritt gemeinsam daran zu arbeiten, dass alle sozialen Gruppen dieses Ideal eines erfüllten Lebens erreichen. Die Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft ist jedoch die Mitgestaltung der Bürger und die Einbindung des Bürgers in einen breiten Dialog. Das Wissen, wie und wo ich mich als Bürger einbringen kann und die sprachlichen Fähigkeiten, meine Bedürfnisse zu artikulieren, sollten deshalb stärker in den Schulen und überall da, wo politische Bildung vermittelt werden kann, thematisiert werden. Zum anderen möchte ich anregen, eine politische Kultur des Miteinanders auf allen Ebenen der Politik zu praktizieren. Im politischen Zusammenleben sollte es keine Gewinner und Verlierer geben. Konsensorientierung und Problemlösung sollten daher immer an erster Stelle stehen.